

## LEITARTIKEL

Klimagipfel in New York

# Es gibt Hoffnung

VON CHRISTIAN MIHATSCH



UN-Chef Ban Ki Moon hat hoch gepokert und gewonnen. Sein Klimagipfel war ein Erfolg. Wenn es gelingt, den Waldverlust bis 2030 zu stoppen, sinken die Emissionen um rund ein Sechstel. Zudem hat der Gipfel gezeigt, dass die Kapitalmärkte beginnen, den Klimawandel ernstzunehmen. Dies bedeutet, dass die Investitionen in fossile Energien zurückgefahren werden. Denn schon die bekannten Reserven an Öl, Kohle und Gas reichen aus, um eine Klimakatastrophe auszulösen. Investitionen in neue Fördergebiete sind folglich hinausgeworfenes Geld.

Und schließlich ist beim Gipfel eine Koalition aus Ländern, Investoren und Unternehmen an die Öffentlichkeit getreten, die sich für einen CO<sub>2</sub>-Preis einsetzt. Diesen Schulterschluss aus Wirtschaft und Politik hat es bislang nicht gegeben. Wenn die Klimakonferenz im nächsten Jahr zu einem wirksamen Weltklimavertrag führt, kann Ban folglich sagen, er habe den Grundstein dafür gelegt. Und wenn Paris scheitert, kann ihm niemand vorwerfen, er hätte nicht alles versucht.

Doch mit dem Klimagipfel hat die Menschheit eine Schlacht, aber nicht den Kampf gegen den Klimawandel gewonnen. Dazu müsste die CO<sub>2</sub>-Intensität der Weltwirtschaft – die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro 1000 Euro Wirtschaftsleistung – jedes Jahr um über sechs Prozent sinken, wie die Unternehmensberatung PWC ausgerechnet hat. Letztes Jahr ist sie weltweit nur um 1,2 Prozent zurückgegangen. Nur Australien konnte sie um über sechs Prozent senken. In Deutschland und den Vereinigten Staaten ist die CO<sub>2</sub>-Intensität sogar gestiegen. Kurz, die sechs Prozent und damit die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels sind noch in weiter Ferne – erscheinen nahezu unerreichbar.

Doch aus zwei Gründen ist noch nicht alle Hoffnung verloren: Zum einen setzt sich die Erkenntnis durch, dass Klimaschutz kein Wachstumshemmnis darstellt, sondern das Wachstum sogar be-

schleunigen kann. Dies liegt nicht zuletzt an den Kosten für Erneuerbare Energien: In den vergangenen fünf Jahren ist der Preis für Solarzellen um 80 Prozent gesunken. Auch Windenergie ist um 15 Prozent billiger geworden. In vielen Ländern sind die Erneuerbaren damit billiger als fossile Energien. Und zum anderen gibt es noch gigantische Potentiale zur Senkung der Emissionen durch den Schutz der Wälder, die Verbesserung der Energieeffizienz und die Reduktion von anderen Treibhausgasen wie Methan oder Fluorkohlenwasserstoffen (FKW). Die Produktion letzterer wird zurzeit hochgefahren, um ozonschädliche Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) zu ersetzen. Zudem besteht ein enormes gesundheitspolitisches Interesse an der Reduktion des weltweiten Rußaustosses, was ebenfalls dem Klimaschutz zugutekäme.

Um diese Potentiale zu nutzen, müssen die Länder nächstes Jahr in Paris ein Paket aus kurz- und langfristigen Maßnahmen beschließen: Kurzfristig gilt es aggressiv in Rußfilter, den Waldschutz und die Abschaffung von FKW zu investieren. Das kostet einen niedrigen Milliardenbetrag, der wohl schon durch die Reduktion der Gesundheitskosten amortisiert wird. Damit kann sich die Welt Zeit kaufen, bis die langfristige Maßnahme wirkt: ein CO<sub>2</sub>-Preis, der von Jahr zu Jahr steigt. Die EU hat hier die Möglichkeit das Ergebnis mit einem ehrgeizigen Emissionsziel für 2030 vorzuspüren, da Brüssel das Ziel vor den anderen Ländern bekannt gibt. Außerdem ist die EU derzeit noch immer die einzige große Region mit einem CO<sub>2</sub>-Preis, dem EU-Emissionshandel. Der Klimagipfel in New York hat gezeigt, dass große Teile der Wirtschaft und viele Länder bereit sind, der EU zu folgen. Endlich besteht also die Chance, dass sich die Vorreiterrolle der EU beim Klimaschutz auszahlt – sowohl in Form eines wirksamen Klimaschutzes als auch in Form von Wachstumsimpulsen. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Die Vorreiterrolle der EU im Klimaschutz könnte sich doch noch auszahlen



ZEICHNUNG: STUTTMANN

# Die Wende ist geschafft

Eine Wirtschaftsförderung speziell für den Osten Deutschlands ist überflüssig geworden

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN  
BERNHARD WALKER

Der 3. Oktober naht. Und so hat die Bundesregierung wie in jedem Jahr jetzt wieder einen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit vorgelegt. Doch 25 Jahre nach dem Mauerfall ist es an der Zeit zu fragen, warum es diesen Bericht eigentlich noch gibt.

Seine Aufgabe besteht ja darin darzulegen, wie gut sich die neuen Länder entwickelt haben. Und da lässt sich an vielen Stellen ein überaus positives Fazit ziehen: Was die Infrastruktur, das Bildungs- und Sozialsystem anbelangt, hat der Osten mit den alten Ländern gleichgezogen. Fortschritte gab es auch bei der Beschäftigung. In Thüringen lag die Arbeitslosenquote zuletzt bei 7,5 Prozent, während sie in Nordrhein-Westfalen 8,3 Prozent betrug. Die Angleichung der Lebensverhältnisse, so sagt Iris Gleicke (SPD), die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder, sei weitgehend gelungen.

So ist es. Und das ist ein riesiger Erfolg, wenn man sich vor Augen hält, in welchem Zustand die Region noch vor 25 Jahren war. Allerdings beklagt Gleicke auch, dass Wirtschaftskraft und Steueraufkommen der neuen Länder deutlich hinter dem Niveau des Westens zurückblieben. Das stimmt. Nur was folgt daraus?

Auch innerhalb der alten Länder klaffen Wirtschaftskraft und Steueraufkommen auseinander: Ostfriesland, das Ruhrgebiet und der Bayerische Wald sind ärmer als der Mittlere Neckarraum oder Düsseldorf. Solange überall die Grundstruktur an Schulen, Krankenhäusern und Straßen gesichert ist – und dafür sorgt der bestehende Finanzausgleich der öffentlichen Hand – ist dieser Unterschied in Ordnung. Dass es gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land geben soll, heißt ja nicht, dass sie völlig gleich sein müssen.

Gleicke hat deshalb Recht, wenn sie sagt, dass eine spezielle Wirtschaftsförderung Ost nach 2020 auslaufen soll. Diese Position muss die Bundesregierung in

den anstehenden Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzverflechtung allerdings auch beherzigen. Und dafür eintreten, dass es nach 2019 (dann laufen die bestehenden Absprachen aus), bei der Förderung der Wirtschaft nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nur danach geht, ob eine Gegend besonders strukturschwach ist.

Während zum Beispiel im Ruhrgebiet die Arbeitslosenquote fast durchgängig gut über zehn Prozent liegt, weisen viele Arbeitsagenturbezirke im Osten einstellige Werte auf. Wie heißt es so schön nüchtern im neuen Bericht zur Einheit? „Regionale Unterschiede wird es in Deutschland immer geben – zwischen Nord und Süd genauso wie zwischen Ost und West“. Deshalb ist es auch kein Affront gegenüber den neuen Ländern, die Förderung umzustellen. Sie haben den schwierigen Umbruch der letzten 25 Jahre – in Ostdeutschland gibt es so gut wie keine Familie, die Arbeitslosigkeit nicht erlebte – bewundernswert gemeistert und das Beste aus der Förderung gemacht.

# Böcke werden zu Gärtnern gemacht

BZ-GASTBEITRAG: Uwe Wagschal über die Auswahl und die Amtsbefähigung der künftigen EU-Kommissare

Vom kommenden Montag an muss die neue 28-köpfige Kommission der EU ihre letzte Hürde nehmen: die Anhörung und Abstimmung im EU-Parlament. Dabei werden die beiden dominanten Parteienfamilien in Europa auch die meisten Kommissare stellen: 14 Christdemokraten und acht Sozialdemokraten sowie fünf Liberale und ein Konservativer. Die Besonderheit dieser „Quasi-Regierung“ ist, dass die Kommissare nicht vom Parlament gewählt, sondern von den nationalen Regierungen benannt werden und lediglich vom Parlament bestätigt werden müssen.

War der Streit um die Wahl Jean-Claude Junckers zum Kommissionspräsidenten noch von parlamentarischen Argumenten geprägt, sind diese bei Auswahl der Kommissare völlig verschwunden. So sank der Sitzanteil der Christdemokraten im Parlament nach der Europawahl im Juni um 6,8 Prozentpunkte auf 29,4 Prozent, was einen Zuwachs um zwei Kommissare kaum begründen könnte. Die Auswahl der Kommissare spiegelt jedoch die Parteifarben der Regierungen der Mitgliedsstaaten wider und nicht die Verhältnisse im europäischen Parlament.

Überraschend ist dabei die Zuordnung der Geschäftsbereiche an einzelne Kommissare. Mitunter wurde dabei der Bock zum Gärtner gemacht. Die Kommissare sind zwar in der Theorie keine Abgesand-

ten ihrer Länder, aber die Vergangenheit hat gezeigt, dass einzelne Kommissare das Interesse ihrer Länder sehr wohl im Blick hatten. Vor dem Hintergrund der Finanz- und Eurokrise wirkt die Ernennung des konservativen Briten Jonathan Hill, Mitbegründer einer Beratungsfirma, die Kunden in der Finanzwelt betreut, eher wie eine Drohung denn ein Versprechen auf eine bessere Finanzmarktregulierung. So erklärte der britische Premier Cameron, „dass Hill die britischen Interessen in Brüssel voranbringen wird“.

Ein weiterer Fehlgriff scheint Tibor Navaracsics von der ungarischen Fidesz-Partei zu sein, der für Bildung, Kultur und Jugend zuständig sein wird. Dabei ist die ungarische Regierung in diesen Bereichen negativ aufgefallen, als Medien behindert wurden und massiv in die Kultur eingegriffen wurde. Navaracsics war als Justizminister außerdem mit zuständig für die Angriffe auf die Unabhängigkeit des ungarischen Verfassungsgerichtes, was bis vor kurzem noch von der EU massiv kritisiert wurde. Ähnliche Qualität hat Dimitris Avramopoulos, ehe-

maliger griechischer Verteidigungsminister und Hardliner in der Flüchtlingspolitik, der nun als Kommissar für Migration und Inneres unter anderem für Flüchtlinge zuständig sein wird.

Très charmant ist auch die Ernennung des französischen Finanzministers Pierre Moscovici zum Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten. Frankreich ist nach Griechenland, Italien und Portugal das Land, welches die Maastrichtkriterien am häufigsten gebrochen hat. Mit Moscovici kommt jemand in dieses zentrale Amt, der besonders lax beim Schuldenabbau und dem Einhalten der europäischen Regeln agiert hat. Die beschlossenen Verschärfungen des Stabilitätspaktes dürften ihr Drohpotenzial für die Haushaltssünder verlieren.

Günter Oettinger hat dagegen ein in der Kommissionshierarchie eher unbedeutendes Amt „digitale Wirtschaft und Gesellschaft“ erhalten. Ihm ist ein estnischer Vizekommissionspräsident vorgezogen, der den „digitalen Binnenmarkt“ verantwortet. Oettinger ist damit faktisch zum Sous-Chef herabgestuft worden, zu-

mal ihm auch das Amt des Vizepräsidenten versagt blieb.

Ein Blick auf die langfristige Verteilung der wichtigsten europäischen Spitzenpositionen in der Exekutive zeigt, dass deutsche Politiker selten bis gar nicht zum Zuge kommen. Während von den 30 Spitzenjobs seit 1951 Frankreich acht, Italien sechs, Belgien vier und Luxemburg drei auf europäischer Ebene besetzten, stand mit Walter Hallstein bisher nur ein Deutscher einer europäischen Spitzeninstitution, der EWG, vor.

Der Fakt, dass viele erfahrene Politiker in der neuen Kommission sind, dürfte nicht nur ein Gewinn sein. Denn diese Politiker sind auch besonders erfolgreich in der Verteidigung des Status quo mit der Folge einer Beibehaltung der ineffizienten Agrar- und Regionalpolitik und einer Unterdotierung von Bildung, Forschung und anderen Wachstumsbereichen. Die Bereiche mit den höchsten Budgets werden von Phil Hogan (Landwirtschaft) aus Irland und Corina Cretu aus Rumänien (Regionalpolitik) verantwortet. Beide Länder haben genau in diesen Bereichen starke Interessen. Veränderungen dürften da nicht angestoßen werden.

– Der Autor ist Professor für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Freiburg.



Wagschal FOTO: KUNZ

## PRESSESTIMMEN

## Fürs Gemeinwohl

Die Pariser „Libération“ schreibt zur Offensive gegen den Islamischen Staat:

„Können wir zulassen, dass (...) eine Zone entsteht, die von blutrünstigen Fanatikern kontrolliert wird – von Fanatikern, die ein Kalifat ausgerufen haben, also einen Staat, der rasch zum Stützpunkt für alle islamische Terroristen werden könnte? (...) Der sogenannte Islamische Staat bedroht nicht nur unsere Werte, er setzt auch Muslime überall in der Welt einer Gefahr aus. Mit anderen Worten, die Intervention der Koalition hat nichts mit einem Kreuzzug zu tun, sie ist eine Operation für das Gemeinwohl.“

## Meer an Verzweiflung

Die Presse“ aus Wien meint zum selben Thema:

„Der Krieg in Syrien ist eine von drei großen ungelösten Fragen, deren Brisanz durch die jüngsten Geschehnisse wieder deutlich geworden ist. Er hat mittlerweile apokalyptische Ausmaße angenommen. (...) Die Kriegsvertriebenen, die in Europa (...) ankommen, sind nur Tropfen aus einem Meer an verzweifelten Menschen, die sich vor Krieg, Mord und Terror in Sicherheit bringen wollen.“